

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 38 (1959)
Heft: 9-10

Rubrik: Chronik des Monats

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Innenpolitik

Der sozialdemokratische Kampf in den eidgenössischen Räten. Wenn gelegentlich die Meinung vertreten wird, die Hochkonjunktur habe die politischen Gegensätze völlig verflacht und die heutige Politik kenne keine Kämpfe mehr, so wird eine solche Ansicht durch die Praxis des eidgenössischen Parlaments während der letzten vier Jahre klar widerlegt. Diese Jahre sind gekennzeichnet durch harte Auseinandersetzungen um Postulate von großer grundsätzlicher Bedeutung: die Neuordnung der Bundesfinanzen, die weitere Arbeitszeitverkürzung, die Bekämpfung der Bodenspekulation und Förderung des sozialen Wohnungsbau, der Ausbau der Kulturpolitik und der Sozialversicherungswerke und eine tragbare Gestaltung der Militärpolitik.

Die rasche technische und gesellschaftliche Entwicklung stellt uns alle laufend vor neue große Probleme. Das verlangt auch von den politischen Parteien einen ständigen großen Einsatz zur Lösung der sich aufdrängenden neuen Sachfragen. Es ist eine natürliche Folge dieser Entwicklung, daß die Rolle des Parlaments an Bedeutung zugenommen hat. Die sozialen Entscheidungen fallen nicht mehr «auf der Straße», sondern im Parlament und in der Volksabstimmung oder – in gewerkschaftlichen Fragen – direkt am Verhandlungstisch. Darum ist es von ausschlaggebender Bedeutung, mit welcher Stärke die sozialdemokratische Fraktion im Herbst 1959 in Bern wird einzutreten können.

Der bedeutendste und schärfste innenpolitische Kampf der letzten vier Jahre galt der *Neuordnung der Bundesfinanzen*. Die Vorgeschichte dieses Kampfes geht auf den 6. Dezember 1953 zurück, an welchem es dem Bürgerstum mit einer großangelegten Propaganda gelang, die als «Lex Weber» verschriene Verständigungsvorlage zu bodigen. Max Weber erklärte am Tage darauf seinen Rücktritt aus dem Bundesrat, weil er es ablehnte, eine verschlechterte Vorlage vor dem Volke vertreten zu müssen.

Damit glaubten jene Parteien, die sich nicht ungern mit dem Attribut «staatserhaltend» zieren, den Weg frei für eine Neuordnung, die ihrer Konzeption des *sturen Anti-Etatismus* entsprach. So entstand in den erbitterten Debatten der eidgenössischen Räte 1957 eine Vorlage, die einen sehr einseitigen Steuerabbau zugunsten der großen Einkommen und Vermögen brachte und von der vorauszusehen war, daß sie bei den großen bevorstehenden Aufgaben des Bundes bald zu Rechnungsdefiziten führen würde.

Die Sozialdemokratische Partei, der Gewerkschaftsbund und die Genossenschaften sagten der Vorlage den schärfsten Kampf an. Allein, mit dem populären Versprechen eines Steuerabbaues gelang es den Befürwortern, die «Vorlage des reichen Mannes» – wie sie Bundesrat Streuli nach der immer weitergehenden Verschlechterung durch den Ständerat nun selber bezeichnete – mit einem knappen Mehr durchzubringen. Wie sehr die sozialdemokratische Ablehnung aber zu Recht erfolgt ist, zeigte sich schon bald danach bei der Bekanntgabe des Budgets für 1959. Statt den 100 oder 200 Millionen Franken Überschuß, die errechnet worden waren nach dem Finanzplan 1959 bis 1963, rechnet dieses Budget noch mit ganzen 3 Millionen Franken Vorschlag!

Auf bürgerlicher Seite hat man sich denn auch rasch bemüht, zu erklären, daß die Rechnung auf der Einnahmeseite schon stimme, daß sich aber die Ausgaben – vor allem die Militärausgaben – stark erhöhten. Und so wurden «Handelszeitung» und «Trumf-Buur» mobilisiert, um all jenen bürgerlichen Nationalräten Angst zu machen, die der «unverantwortlichen Ausgabenpolitik» der Sozialdemokraten, namentlich in der Sozialpolitik, nicht zum vornherein strikte ablehnend gegenüberstanden.

Die Auseinandersetzung um die Ordnung der Bundesfinanzen hat mit der Abstimmung vom 11. Mai 1958 kein Ende gefunden. Die nun geltende Ordnung ist auf sechs Jahre befristet. Aber auch in der Zwischenzeit wird dieser Kampf nicht ruhen, denn *die Finanzpolitik ist der tatsächliche Angelpunkt der gesamten schweizerischen Innenpolitik*. Jede politische Tätigkeit hängt ja von der Flüssigmachung der notwendigen Mittel ab.

So hat eine scharfe gegenseitige Überwachung der Ausgabenpolitik eingesetzt. Das Bürgertum hat eine Phase verschärfter «Knorzerei» eingeleitet und droht unverhüllt allen unbotmäßigen Volksvertretern mit dem «Abschluß» bei den bevorstehenden Wahlen. Anderseits hat die Sozialdemokratische Partei für künftige Militärausgaben das Prinzip der gleichzeitigen finanziellen Deckung verlangt und eine kritische Prüfung aller kommenden Vorlagen angekündigt. Denn auch in der Schweiz gilt, was der Labourpolitiker und frühere Verteidigungsminister Englands sagt: «Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß die Waffenproduktion in orthodoxen Kreisen als die alleinig respektable Art der Staatsausgaben gilt. Sie gilt als die alleinige Art staatlicher Wirtschaftstätigkeit, die nichts politisch ‚Linkes‘ an sich hat.»

Die Sozialdemokraten haben sich auch in den vergangenen vier Jahren wiederholt erneut zur Landesverteidigung und zur Ausrüstung der Armee mit modernen konventionellen Waffen bekannt. Es ist nur eine Folge der angedeuteten bürgerlichen Haltung, daß daneben immer wieder mit großem Nachdruck gefordert werden muß, daß die *Sozialpolitik* den ansteigenden Militärausgaben nicht zum Opfer fallen dürfe.

Eine große Zahl von Einzelvorstößen aus der Mitte der sozialdemokratischen Fraktion in den eidgenössischen Räten galt dem zeitgemäßen *Ausbau unseres Staatswesens zu einer sozialen Demokratie*. Eine Reihe von Vorstößen galt der Bekämpfung der Teuerung und der Aufrechterhaltung der Preis- und Mietkontrolle. Auf sozialpolitischem Gebiet fielen die dritte und vierte AHV-Revision und die Beratung der Invalidenversicherung – die durch ein sozialdemokratisches Volksbegehren beschleunigt wurde – in die abgelaufene Amtsperiode. Dabei gelang es, manche Verbesserungen zu erzielen.

Bedeutend sind die Vorstöße *arbeitsrechtlicher Natur*. Abseits der spektakulären Landesring-Initiative kann sich die Sozialdemokratische Partei über eine Aktivität auf dem Gebiet der Arbeitszeitgesetzgebung ausweisen, die von breiter sachlicher Tragweite ist. Verschiedentlich stehen schweizerische Gesetze – so über die Ruhezeit in Handel und Büros sowie über die Gleichheit des Entgelts männlicher und weiblicher Arbeitskräfte – nicht in Übereinstimmung mit geltenden internationalen Abkommen. Sozialdemokratische Vorstöße haben hier Revisionen in einem fortschrittlichen Sinne verlangt. Andere Postulate verlangen die Schaffung eines arbeitsphysiologischen Institutes, die Angleichung der arbeitsrechtlichen Stellung der Arbeiter des Bundes an jene der Beamten und vor allem Bericht und Antrag über die gesetzliche Verankerung des *Mitbestimmungs- und Mitspracherechts* der Arbeiter in den Betrieben.

Ebenso zahlreich sind die Vorstöße zur Förderung des sozialen Wohnungsbau und zur Bekämpfung der *Bodenspekulation*. Erst auf zwei sozialdemokratische Motionen hin setzte der Bundesrat eine Studienkommission über dieses Problem ein, deren Bericht inzwischen den Kantonen zur Vernehmlassung zugegangen ist.

In der *Kulturpolitik* schließlich reihen sich verschiedene Postulate und Motionen aneinander, die eine Verbesserung der *Bildungsmöglichkeiten für unsere Jugend* anstreben. Die Schaffung eines eidgenössischen Stipendienfonds, aber auch erhöhte Subventionen für das berufliche Bildungswesen wurden angestrebt. Dazu gesellen sich arbeitsrechtliche Vorstöße zum besonderen Schutze der *jugendlichen Arbeitnehmer* durch Verkürzung der Höchstarbeitszeiten und die Gewährleistung eines angemessenen Ferienminimums.

Es liegt auf der Hand, daß der zeitgemäße Ausbau der Kulturpolitik und der Sozialpolitik auf um so hartnäckigeren Widerstand stößt, je prekärer die Finanzlage des Bundes wird. Die politische Absicht der neuen Finanzordnung liegt ja auch darin, den Sozialdemokraten die Schuld an der Verschlechterung dieser Finanzlage zuschieben zu können. Es liegt nun in der Hand des Wählers, an der Urne die sozialdemokratische Politik zu bestätigen, die einen gesunden Staat will, der kein «Moloch» und kein «Apparat» sein soll, der aber in der Lage sein soll, die Aufgaben, die sich ihm heute stellen, zu meistern.

K. A.

Außenpolitik

Der Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hat zuhanden des außerordentlichen Parteitages der SPD vom 13. bis 15. November 1959 den Entwurf für ein Grundsatzprogramm veröffentlicht. Dieser Entwurf dürfte bei den Schweizer Sozialdemokraten lebhaftes Interesse finden, hat doch unsere Partei ihr neues Parteiprogramm erst vor wenigen Wochen endgültig bereinigt; aber auch ein Vergleich mit dem neuen Parteiprogramm der österreichischen Bruderpartei vermittelt willkommene Aufschlüsse über das Gedankengut des demokratischen Sozialismus. In erster Linie kann festgestellt werden, daß trotz nationalen Unterschieden und Besonderheiten (in bezug auf die Bundesrepublik zum Beispiel die Spaltung Deutschlands, die besondere Form der Mitbestimmung der Arbeitnehmer usw.) die allgemeine Konzeption im großen und ganzen dieselbe ist. Da wir in diesem Heft an anderer Stelle kurze Kommentare von zwei maßgebenden Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wiedergeben, können wir uns auf einige wenige Bemerkungen beschränken.

In Entwurf der SPD heißt es, der Sozialismus sei eine dauernde Aufgabe. Als Grundwerte des demokratischen Sozialismus werden genannt: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das längste Kapitel des Entwurfes befaßt sich mit der Wirtschaft. Wie im Programm der SPS kommt zum Ausdruck, daß sowohl Wettbewerb als auch Planung, Privatwirtschaft und Gemeinwirtschaft notwendig sind. Wörtlich heißt es im Entwurf des Vorstandes der SPD:

«Der moderne Staat beeinflußt die Wirtschaft stetig durch seine Entscheidungen über Steuern und Finanzen, über das Geld- und Kreditwesen, seine Zoll-, Handels-, Sozial- und Preispolitik, seine öffentlichen Aufträge sowie die Landwirtschafts- und Wohnbaupolitik. Mehr als ein Drittel des Sozialproduktes geht auf diese Weise durch die öffentliche Hand. Es ist also nicht die Frage, *ob* in der Wirtschaft Disposition und Planung zweckmäßig sind, sondern *wer* diese Disposition trifft und zu wessen Gunsten sie wirkt. Dieser Verantwortung für den Wirtschaftsablauf kann sich der Staat nicht entziehen. Er ist verantwortlich für eine vorausschauende Konjunkturpolitik und soll sich im wesentlichen auf Methoden der mittelbaren Beeinflussung der Wirtschaft beschränken.

Freie Konsumwahl, freie Arbeitsplatzwahl und freie Unternehmerinitiative sind entscheidende Grundlagen, der freie Wettbewerb ist ein wichtiges Element einer freiheitlichen Wirtschaftspolitik. Die Autonomie der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände beim Abschluß von Tarifverträgen ist ein wesentlicher Bestandteil freiheitlicher Ordnung. Totalitäre Zwangswirtschaft zerstört die Freiheit. Deshalb bejaht die SPD den freien Markt, wo immer wirklich Wettbewerb herrscht. Wo aber Märkte unter die Vorherrschaft von einzelnen oder von Gruppen geraten, bedarf es

vielfältiger Maßnahmen, um die Freiheit in der Wirtschaft zu erhalten. Wettbewerb so weit wie möglich – Planung so weit wie nötig.»

Wie das schweizerische Parteiprogramm verlangt der Programmentwurf der SPD die Verhinderung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht, eine gerechtere Verteilung der Einkommen und Vermögen, Vollbeschäftigung, eine ausgeglichene Wirtschaftsentwicklung. Der folgende Satz trifft auch für unser Land zu: «Es ist ein ernstes Zeichen unserer Zeit, daß sich das private Wohlleben privilegierter Schichten schrankenlos entfaltet, während wichtige Gemeinschaftsaufgaben, vor allem Wissenschaft, Forschung und Erziehung, in einer Weise vernachlässigt werden, die einer Kulturnation unwürdig ist.»

Es ist bestimmt kein Zufall, daß sich sowohl der Programmentwurf der SPD als auch das Programm der SPS ausführlich mit kulturellen Fragen befassen, rücken doch in der heutigen Zeit gerade diese Probleme immer mehr in den Vordergrund. Daß gerade in bezug auf Erziehung und Bildung die sozialdemokratischen Parteien in der Bundesrepublik und in der Schweiz dieselbe Zielsetzung verfolgen, geht aus dem folgenden Vergleich deutlich hervor. Im Programm der SPS heißt es: «Jedem Kinde soll die seinen Anlagen entsprechende Ausbildung offenstehen. Der Besuch der öffentlichen Berufs-, Mittel- und Hochschulen soll unentgeltlich sein und durch ausreichende finanzielle Beiträge ermöglicht werden. Das selbständige, gegenüber Vorurteilen und Schlagworten kritische Denken soll frühzeitig geweckt werden, ebenso das Verantwortungsbewußtsein gegenüber der Gemeinschaft und der Sinn für die innerstaatliche und internationale Solidarität.» Inhaltlich übereinstimmend heißt es im Entwurf der SPD: «Erziehung und Bildung sollen allen Menschen die Möglichkeiten geben, ihre Anlagen und Fähigkeiten unbehindert zu entfalten. Sie sollen die Widerstandskraft gegen die konformistischen Tendenzen unserer Zeit stärken ... Die Jugend soll in den Schulen und Hochschulen gemeinsam im Geiste gegenseitiger Achtung zur Freiheit, zur Selbständigkeit, zum sozialen Verantwortungsbewußtsein und für die Ideale der Demokratie und der Völkerverständigung erzogen werden, um in unserer an weltanschaulichen Überzeugungen und Wertordnungen vielfältigen Gesellschaft eine Gesinnung und Haltung des Verstehens, der Toleranz und der Hilfsbereitschaft zu erreichen ... Der Besuch aller öffentlichen Schulen und Hochschulen muß kostenlos sein. Lehr- und Lernmittel sollen an diesen Schulen und Hochschulen unentgeltlich zur Verfügung stehen.»

Die Parallelen zwischen den beiden Programmen, von denen das eine erst im Entwurf vorliegt, könnten noch weitergezogen werden. Es sei nur noch darauf hingewiesen, daß in beiden Programmen das Bekenntnis zur Solidarität mit den Entwicklungsländern deutlich ausgesprochen wird. Ferner: sowohl die SPD als auch die SPS wollen sich nicht mehr als reine

Arbeiterparteien verstehen; in beiden Programmen wird erklärt, die Sozialdemokratische Partei sei aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden.

*

Nikita Chruschtschew hat seinen *Amerikabesuch* abgeschlossen. Während seiner Rundreise durch die Vereinigten Staaten hat es Chruschtschew nicht unterlassen, den Erfolg der russischen Wissenschaftler, denen es gelungen ist, eine Rakete auf den Mond zu schießen, immer wieder hervorzuheben. Der sowjetische Ministerpräsident wurde auch nicht müde, die Behauptung, daß Rußland die amerikanischen Produktionsleistungen erreichen und sogar noch übertreffen werde, ständig zu wiederholen. Ob und in welchem Ausmaß die Amerikareise Chruschtschews Einstellung gegenüber den Vereinigten Staaten geändert hat, läßt sich noch nicht feststellen. Das *Communiqué* über die Besprechungen zwischen Eisenhower und Chruschtschew in Camp David besagt herzlich wenig. Positiv zu werten ist vor allem die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Berlinfrage.

Die Krise in *Laos*, die durch den Partisanenkrieg der Kommunisten hervorgerufen wurde, hat zum Eingreifen der UNO geführt. Der Sicherheitsrat ernannte eine vierköpfige Untersuchungskommission (je ein Vertreter Argentiniens, Italiens, Japans, Tunesiens), die die Lage in Laos an Ort und Stelle zu untersuchen hat. Ein sowjetisches Veto konnte dadurch umgangen werden, daß man die Einsetzung einer solchen Untersuchungskommission als Verfahrensfrage behandelte, wogegen der russische Delegierte heftig, aber erfolglos protestierte. – Die Meinungen darüber, was China – und das kommunistische China steht hinter der ganzen Sache – mit dem Aufruhr bezieht, gehen weit auseinander. Sicher ist nur, daß in Laos ein neuer Krisenherd entstanden ist. Alarmierend wirkte aber auch der *chinesisch-indische Grenzkonflikt*. Nach der Unterjochung des Tibet scheint sich nun der Expansionsdrang Chinas auf die unter indischem Protektorat stehenden Himalaja-staaten Sikkim und Bhutan zu konzentrieren. Die Möglichkeit einer Änderung der indischen Außenpolitik gegenüber China und dem ganzen Ostblock will Peking offenbar in Kauf nehmen.

In der seit langem erwarteten *Algerien-Erklärung de Gaulles* proklamierte der französische Staatschef das Selbstbestimmungsrecht für die algerische Bevölkerung. De Gaulle nannte drei mögliche politische Lösungen für Algerien: die Lostrennung Algeriens von Frankreich, die völlige Verschmelzung mit Frankreich, die Schaffung einer Regierung der Algerier durch die Algerier mit Hilfe Frankreichs. Das Selbstbestimmungsrecht Algeriens gilt nicht für die Sahara. Die Erdölvorkommen der Sahara will Frankreich *nicht* preisgeben. Verhandlungen mit dem FLN lehnt de Gaulle ab.

In unserer außenpolitischen Chronik war schon mehrmals von der *kleinen Freihandelszone* die Rede. Es sei nun auf eine wichtige Stellungnahme

der Gewerkschaften hingewiesen. Auf Initiative des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes fand in der zweiten Augusthälfte in London eine Konferenz von Gewerkschaftsvertretern aus Großbritannien, Norwegen, Schweden, Dänemark, Österreich und der Schweiz statt, die in einer Erklärung zum Stockholmer Plan für eine kleine Freihandelszone Stellung nahm. Das Projekt wird begrüßt, aber gleichzeitig verlangt, daß den Problemen der Vollbeschäftigung, der Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer, der Mitwirkung der Gewerkschaften in den Institutionen der Freihandelsassoziation größte Beachtung geschenkt werden muß. Wörtlich heißt es in der Erklärung: «Die Gewerkschaften messen den im Stockholmer Entwurf enthaltenen Hinweisen auf Vollbeschäftigung, eine gesteigerte Produktivität und die rationelle Verwendung des wirtschaftlichen Potentials der beteiligten Länder größte Bedeutung bei und unterstützen die Erklärung, daß innerhalb der Zone sowie in jedem einzelnen Mitgliedstaat eine ständige und beständige Ausweitung der wirtschaftlichen Tätigkeit angestrebt werden müsse. Sie sind der Auffassung, daß die Konvention die Regierung jedes beteiligten Landes verpflichten sollte, die Ziele ihrer Vollbeschäftigungspolitik zu umschreiben und alle geeigneten Schritte zu unternehmen, um eine ausgewogene Verteilung der wirtschaftlichen Tätigkeit herbeizuführen.»

B. H.

Blick in die Zeitschriften

Die grundlegenden Referate, die *Heinrich Gutermuth* und *Fritz Dahlmann* auf der Essener Revierkonferenz am 5. August 1959 vor 2500 Betriebsräten und Funktionären der IG Bergbau zur Krise im Kohlenbergbau gehalten haben, sind im Wortlaut in Nr. 9 der Monatsschrift *«Bergbau und Wirtschaft»* nachzulesen.

«*Die Zukunft*» (Wien) bringt in Heft 8 mehrere besonders lesenswerte Beiträge: Das Referat, das *Hendrik Vos*, der stellvertretende Vorsitzende der holländischen Arbeiterpartei, auf dem Hamburger Kongreß der Sozialistischen Internationale im Juli 1959 über das Problem der unterentwickelten Gebiete gehalten hat, ferner eine Untersuchung von *Angelica Balabanoff* über den Stand der sozialistischen Bewegung in Italien; weiter schreibt *Georg Scheuer* über «Sozialistische Lenin-Kritik» und unser Mitarbeiter *J. W. Brügel* über «Dollfuß und die Austronazi».

Die Zeitschrift *«Soziale Welt»* bringt in Heft 2 ihres 10. Jahrganges zwei Untersuchungen zum Angestelltenproblem: «Soziologie der Angestellten – hinter der Zeit zurück?» von *Ernst August Jüres* und «Zur Geschichte der Angestelltenverbände 1774 bis 1914» von *Curt Hennig*. Im gleichen Heft interessieren: «Optimismus und Pessimismus in den Sozialwissenschaften» (*Leopold v. Wiese*), «Der Dienst der Kirche in der industriellen Gesellschaft» (*Hans Thimme*), «Der Clochard – Betrachtungen zum Typ eines Vagabunden unserer Zeit» (*Raymund Krisam*) und «Erwachsenen- und Arbeiterfortbildung in England» (*Paul Wohlfahrth*).

Die erziehungswissenschaftliche Zeitschrift *«Die deutsche Schule»* (Hermann-Schroedel-Verlag, Darmstadt) hat ihr Heft 7/8 einer Diskussion des deutschen Rahmenplans zur Umgestaltung und Vereinheitlichung des allgemeinbildenden öffentlichen Schul-